

**Diakonischer Arbeitskreis
für Gerechtigkeit und
Solidarität (DAGS)**

**Konvent der Brüder- und Schwesternschaft
des Rauhen Hauses Hamburg**



Informationsblatt des Arbeitskreises (12. Jahrgang, Nr.07, Juli 2018)
besuchen Sie uns auch im Internet unter www.dags-konvent.de

Meines Erachtens hat die Kirche weder Ja noch Nein zu sagen, sondern ausschließlich Amen.

*Konrad Adenauer, deutscher Bundeskanzler von 1949-1963
(1876-1967)*

**Die Ware Pflege
– was die Politik verschweigt**

von Wolfgang Kessler

Unter dem Stichwort »Pflegernotstand« wird über vieles diskutiert, was wichtig und richtig ist. Eines aber wird gerne verschwiegen: dass zunehmend Finanzinvestoren in die Pflege drängen.

Klar: Auch private Betreiber von Pflegeheimen können gute Pflege bieten, wenn sie an den zu Pflegenden interessiert sind und nicht vorrangig an ihren Gewinnen. Bei Finanzinvestoren handelt es sich jedoch um spekulative Fonds oder Vermögensverwalter, die nur ein Ziel verfolgen: Sie wollen das Geld jener reichen Institutionen und Einzelpersonen mehren, die es bei ihnen angelegt haben. Gleich, ob in der Industrie oder in der Pflege: Sie streben nach Renditen zwischen fünf und zehn Prozent. Und diese erzielen sie oft, indem sie die Kosten ihrer Unternehmen senken. In der Pflege kann dies bedeuten: Pflegekräfte unter Tarif bezahlen, Küchendienste und Reinigung out-sourcen, mehr prekäre Arbeit zulassen.

Die Politik schweigt, weil sie den Finanzinvestoren selbst die Türen geöffnet hat. Mitte der 1990er-Jahre hat die rot-grüne Bundesregierung private Anbieter mit öffentlichen Anbietern in der Pflege gleichgestellt. Auch hat sie Spekulanten auf dem deutschen Kapitalmarkt zugelassen – ganz im neoliberalen Geist. Christdemokraten wie die ehemalige Familienministerin Kristina Schröder traten ebenfalls für die Privatisierung der Pflege ein.

Jetzt, da ständig mehr Pflegeheime an Finanzinvestoren verkauft werden, schweigt die Politik. Dabei ist es verantwortungslos, wenn fünf oder gar zehn Prozent der Pflegekassenbeiträge als Gewinne an private Investoren fließen.

Gefordert ist jetzt eine radikale Umkehr: nämlich das Bekenntnis, dass Pflege eine öffentliche Aufgabe ist. Der Staat muss mehr Steuergelder in die Pflege investieren. Auch eine Erhöhung der Beiträge zur Pflegeversicherung darf kein Tabu sein. Es würde schon ausreichen, den Beitragssatz um 0,1 Prozentpunkte anzuheben, um 38 000 zusätzliche Beschäftigte – die Hälfte davon Fachkräfte – zu finanzieren. Für Arbeitnehmer mit einem Bruttoeinkommen von 3000 Euro

im Monat würde die Abgabenlast gerade mal um 1,50 Euro steigen, ebenso für den Arbeitgeber. Das ist machbar.

Damit diese Gelder nicht an Investoren abfließen, sollten die Gewinne privater Anbieter in der Pflege staatlich begrenzt werden. Dann wird Pflege für Finanzinvestoren uninteressant. Und die Gesellschaft macht deutlich: Pflegebedürftige sind keine Waren, von denen man Gewinne abzocken darf.

aus: Publik-Forum Nr. 9 vom 11. Mai 2018

Pfleger verdienen unterdurchschnittlich

Pfleger sind gesucht - Jugendlichen muss bei der Berufswahl aber klar sein, dass sie in diesem Berufsfeld eher schlecht verdienen. So liegt das Gehalt klar unter dem mittleren Einkommen aller Beschäftigten in Deutschland, wie die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung vorrechnet. Besonders niedrig ist die Bezahlung in der Altenpflege: Selbst ausgebildete Kräfte kommen hier nur auf 14,24 Euro brutto pro Stunde - und liegen damit fast 3 Euro unter dem Mittelwert (16,97 Euro). Am nächsten an diesen heran kommen noch Krankenpflege-Fachkräfte (16,23 Euro). Beim Verdienst weit abgeschlagen sind Helferinnen und Helfer in der Kranken- und der Altenpflege (11,09 bis 11,49 Euro).

aus: Lübecker Nachrichten vom 17.06.2018

Sieg der Gewaltlosigkeit

**Leise und unaufhaltsam:
In den deutschen Familien hat sich ein
Umsturz ereignet**

von Andrea Teupke

Doch, es gibt auch gute Nachrichten! Manchmal verlaufen positive Entwicklungen jedoch so allmählich, dass sie gar nicht richtig gewürdigt werden. Dabei wären die Ergebnisse einer Langzeitstudie zur Jugendkriminalität in Deutschland ein Grund zum Feiern, so eindrucksvoll sind die Zahlen: Auch wenn immer wieder einzelne Taten Schlagzeilen machen, ist seit 2007 die Gewalt durch Minderjährige um die Hälfte gesunken; die Kriminalität junger Menschen ist insgesamt deutlich rückläufig. Einen „historisch einmaligen Rückgang“ konstatieren die Verfasser der Studie, die Kriminologen Dirk Baier, Christian Pfeiffer

und Sören Kliem. Als Ursache vermuten die Wissenschaftler - neben der verbesserten Arbeitsplatzsituation - vor allem den Wandel in der Erziehung.

Für junge Menschen heute unvorstellbar: Noch in den 1970er Jahren war es beispielsweise in bayerischen Schulen erlaubt und durchaus verbreitet, Kinder körperlich zu züchtigen. Erst recht galten zu Hause in vielen Familien eine „Watschn“ oder auch mal „eine Tracht Prügel“ als probates und zulässiges Erziehungsmittel. Erst im Jahr 2000 waren Politik und Gesellschaft so weit, ein Signal zu setzen und Gewalt in der Erziehung grundsätzlich zu verbieten. Die Folge: 1998 berichteten 57 Prozent der Schüler, dass ihre Eltern sie gelegentlich schlugen; 2015 waren es nur noch 39 Prozent. Natürlich ist jedes misshandelte Kind eines zu viel, und ebenso jedes Opfer einer Gewalttat. Unübersehbar ist jedoch die erfreuliche Richtung dieser Entwicklung: Je mehr sich die Gewaltfreiheit in der Erziehung durchsetzt, desto weniger Straftaten werden verübt - eine Friedensdividende, die sich wahrscheinlich die 1968er auf die Fahnen schreiben dürfen: Ihnen ist es zwar nicht gelungen, das politische und wirtschaftliche System umzustürzen, doch in den Familien haben sie eine stille Kulturrevolution ausgelöst.

aus Publik-Forum Nr.6 vom 23.März 2018

Zerstörerischer Egoismus

Die EU begegnet Trumps Protektionismus mit Freihandel. Das ist verhängnisvoll

Der Handelsstreit zwischen US-Präsident Donald Trump und der Europäischen Union wird für die Europäer immer peinlicher und für die Welt immer bedrohlicher. Natürlich argumentiert Trump rein machtegoistisch aus US-amerikanischer Sicht: „America First“. Gleichzeitig legt er damit den Egoismus der EU-Handelspolitik offen: Die EU erhebt auf viele Produkte höhere Einfuhrzölle als die USA. Zum Beispiel 10 % auf Pkws aus den USA - die US-Amerikaner begnügen sich bei Autos aus der EU mit 2,5 %. Auch gegenüber der sogenannten Dritten Welt sind die Europäer für ihren Egoismus bekannt. Auf Rohstoffe, die die Länder der EU dringend benötigen, erheben sie keine Zölle. Werden Produkte jedoch in Afrika weiterverarbeitet, was diesen Ländern viel mehr nutzt als der bloße Export von Rohstoffen - dann erhebt die EU hohe Zölle, um ihre Unternehmen zu schützen. Wenn die Europäische Union nun völlige Zollfreiheit zwischen der EU und den USA fordert - ein TTIP light -, so kann dies bestimmte Ungerechtigkeiten im Handel mit den USA sicherlich beseitigen, vor allem bei Industrieprodukten.

Andererseits ist es für den künftigen Welthandel verhängnisvoll, wenn dem Protektionismus á la Trump nur das alte Konzept des Freihandels entgegengesetzt wird. Ein freier Welthandel befördert zwar das Wirtschaftswachstum. Er begünstigt jedoch jene Produzenten, die möglichst billig herstellen, geringe Löhne zahlen, schlechte Arbeitsbedingungen bieten, wenig für Umwelt und Klimaschutz tun. Kurzum: Ein freier Welthandel ohne soziale und ökologische Rahmenbedingungen befördert die Ungleichheit weltweit und heizt das Klima auf. Das wäre ein verhängnisvolles Ergebnis des Handelsstreits zwischen Trump und der Europäischen Union.

von Wolfgang Kessler, Publik-Forum Nr. 9/ 2018

Buchbesprechung

Lars-Broder Keil

Sven Felix Kellerhoff

Fake News machen Geschichte

Gerüchte und Falschmeldungen im 20. und 21. Jahrhundert

September 2017, als Buch 20,00 €, als eBook 9,99 €

Die beiden Verfasser des Buches sind als freie Journalisten und Buchautoren tätig. Dabei befassen sie sich mit aktuellen Problemen unserer Zeit ebenso wie mit der jüngeren deutschen und internationalen Geschichte. So auch diesem Buch.

Sie beschreiben, wie Gerüchte und Falschmeldungen die Menschheitsgeschichte von Beginn an begleitet. Ihre politischen und militärischen Folgen waren dabei schon immer verheerend. Doch mit dem Aufstieg des Wortes „Fake News“ ist klar, dass Gerüchte und Falschmeldungen im Zeitalter der sozialen Medien geschichtsträchtiger sind als je zuvor, bewusst verbreitet werden und einen unüberschaubar großen Verbreitungscharakter haben.

Die Autoren führen an elf Beispielen aus dem 20. und 21. Jahrhundert aus Deutschland und der Weltgeschichte vor, wie Fehlinformationen und Gerüchte im Spannungsfeld zwischen Politik, Medien und Öffentlichkeit ihren verhängnisvollen Lauf nahmen. Dabei haben sie Fälle gewählt, die für Deutschland von zentraler Bedeutung waren - von der NS-Zeit („Alpenfestung“) über den Kalten Krieg („Amikäfer“) bis in die allerjüngste Gegenwart (Irakkrieg).

Klaus-Rainer Martin

Für Eure/Ihre schriftliche und verbale Unterstützung unserer Arbeit und unserer Themen danken wir sehr. Es ist wünschenswert, dass Themen und Diskussionsbeiträge von unseren Leserinnen und Lesern eingebracht und wenn uns Beiträge zugesandt werden, die wir im Info-Blatt oder auf unserer Homepage veröffentlichen können. Über Anregungen und Kritik freuen wir uns.

**Beiträge und Anregungen bitte an
Klaus Herrmann,
Email: kherrmann@kabelmail.de**

**Unsere nächsten Treffen finden statt am
am 06.08.2018**

**im Haus Weinberg (III. Stock, Besprechungszimmer).
Wir treffen uns jeweils von 16.30 bis 19.00 Uhr.**

**Die Sitzungen sind öffentlich. Wir freuen uns über Gäste
und neue Mitglieder.**

Säet Gerechtigkeit und erntet nach dem Maße der Liebe! Pflüget ein Neues, solange es Zeit ist, den HERRN zu suchen, bis er kommt und Gerechtigkeit über euch regnen lässt!

(Monatsspruch Juli 2018 aus Hosea, 10, 12)

Herausgeber: DAGS
Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:
Siegfried Heidler, Hamburg
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:
31.Juli 2018